Die Hagia Sofia gehört seit 1985 zum Weltkulturerbe. Unter Hinweis auf das jüngste nationale Programm der Türkei zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstands wird angeführt, dass diese Kunstschatze, die der ganzen Welt gehören, durch das Gesetz Nr. 3386 vom 17. Juni 1987 unter Schutz stehen, sodass sie in unversehrtem Zustand an künftige Generationen weitergegeben werden können. Beabsichtigt die Kommission angesichts dieser Tatsachen in dieser Angelegenheit eindeutig Position zu beziehen?

Gibt es im Rahmen der Heranführungsprogramme im Hinblick auf einen Beitritt der Türkei aber auch im Rahmen der MEDA-Programme Finanzierungsvorhaben für den kulturellen Bereich und insbesondere für den Erhalt von Kulturschätzen, wie beispielsweise der Kulturgüter in der Hagia Sofia?

Ist die Kommission der Auffassung, dass solche schwerwiegenden Versäumnisse im Bereich kulturelle Güter und ethische Werte einen Rückschritt bei der Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes darstellen, und wie wird die Kommission in dieser Angelegenheit vorgehen?

Antwort von Herrn Verheugen im Namen der Kommission

(12. November 2003)

Wie die Kommission bereits vor kurzem in ihrer Antwort auf die schriftliche Anfrage E-2962/03 von Herrn Alavanos⁽¹⁾ erklärte, erlaubt es das Gemeinschaftsprogramm zur finanziellen Unterstützung der Türkei nicht, Kirchen- oder Kulturgüter, wie sie in der Hagia Sofia gelagert wurden, zu bewahren und zu restaurieren. Im Rahmen dieses Programms soll vor allem die Angleichung der in der Türkei geltenden Rechtsvorschriften an die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Normen der Union gefördert werden. Die türkische Regierung bereitet Vorschläge für Projekte vor, welche von der Kommission gebilligt werden müssen. Diese stimmt nur Projekten zu, mit denen die am 15. Mai 2003 vom Ministerrat festgelegten vorrangigen Ziele der Beitrittspartnerschaft erreicht werden können.

Darüber hinaus verfolgt die Kommission sehr genau, welche Fortschritte die Türkei bei der Annahme der einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft im kulturellen Bereich macht.

(1) ABl. C 78 E vom 27.3.2004, S. 771.

(2004/C 88 E/0134)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3013/03 von Marco Cappato (NI) an die Kommission

(14. Oktober 2003)

Betrifft: Fall der tunesischen Journalistin Néziha Rejiba

Am 25. September 2003 haben die tunesischen Zollbehörden eine Vorladung zu Lasten der tunesischen Journalistin Néziha Rejiba erstellt, weil sie einem jungen Tunesier 170 Euro in bar gegeben hatte, ein Verhalten, das mit einer Strafe bis zu fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe belegt werden kann. Die Journalistin hatte doch nicht gegen das Gesetz verstoßen, weil dort eine Frist von einer Woche zum Umtausch der ausländischen Währung in tunesische Dinar festgelegt ist.

Néziha Rejiba, die über Internet Artikel veröffentlicht hat, in denen sie Verletzungen der Menschenrechte durch die tunesischen Behörden anprangert, schreibt für die online-Zeitschrift Kalima (www.kalima.com), die in Tunesien seit ihrem ersten Erscheinen im Oktober 2000 zensiert wird. In den letzten drei Jahren wurde Néziha Rejiba körperlich angegriffen und war ständigen Schikanen von Seiten der tunesischen Polizei ausgesetzt. Ihr Haus wird ständig überwacht und ihr Telefon abgehört oder (wie im Augenblick) abgeschnitten.

Hat die Kommission den Botschafter der Republik Tunesien formell um Erläuterungen zur Situation gebeten? Welche Antworten hat sie erhalten?

Was gedenkt die Kommission zu tun, um die tunesische Regierung zu der Zusicherung zu veranlassen, dass im Fall von Néziha Rejiba das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf einen gerechten Prozess von den tunesischen Behörden gewahrt werden?

Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission im Hinblick auf die Weltkonferenz zur Informationsgesellschaft, die im November 2005 in Tunesien stattfinden wird, einzuleiten, um dazu beizutragen, dass der ständigen und systematischen Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung der tunesischen Bürger ein Ende gesetzt wird?

Antwort von Herrn Patten im Namen der Kommission

(17. Dezember 2003)

Die Kommission ist sich der Berichte über Néziha Rejiba, auf die der Herr Abgeordnete hinweist, sehr wohl bewusst.

Die Kommission verfolgt die Lage der Menschenrechte in Tunesien nach wie vor mit großer Aufmerksamkeit. Die Kommission hat jegliche Verletzung der Grundsätze von Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit, auf denen die Union selbst beruht und die allen Mitgliedstaaten, wie es in Artikel 6 des Unionsvertrags heißt, gemeinsam sind, stets aufs Schärfste verurteilt.

Die Kommission betrachtet gerade das Recht auf freie Meinungsäußerung als Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer demokratischen, partizipativen Gesellschaft in allen Bereichen. Im Rahmen der Haushaltslinie MEDA unterstützt die Kommission in Zusammenarbeit mit einem europäischen Journalismuszentrum die Stärkung der freien Meinungsäußerung in Tunesien: ein Medien-Förderprogramm mit Ausbildung für Journalisten. Zur Förderung der tunesischen Bemühungen um Stärkung der Rechtsstaatlichkeit plant die Kommission ein Programm, mit dem – in Anlehnung an ähnliche, bereits laufende Bestrebungen zugunsten Algeriens und der palästinensischen Gebiete – das tunesische Rechtswesen modernisiert werden soll.

Was die Weltkonferenz über die Informationsgesellschaft im November 2005 anbetrifft, so darf die Kommission den Herrn Abgeordneten auf ihre Antworten zu den Schriftlichen Anfragen E-2554/03 ⁽¹⁾ und E-2931/03 ⁽²⁾ hinweisen.

⁽¹⁾ ABl. C 65 E vom 13.3.2004, S. 175.

⁽²⁾ ABl. C 70 E vom 20.3.2004, S. 165.

(2004/C 88 E/0135)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3025/03**von Konstantinos Hatzidakis (PPE-DE) an die Kommission**

(17. Oktober 2003)

Betrifft: Menschenrechtsverletzungen zu Lasten griechischer Bürger durch das türkische Grundbuchamt auf der Insel Imvros

Die Anwendung der Rechtsvorschriften betreffend das nationale türkische Katasteramt auf der Insel Imvros stellt einen wahren „Geniestreich“ dar, denn durch sie werden griechische Bürger und ihre Erben all ihrer Eigentümer auf der Insel beraubt, um sie dem türkischen Staat zuzuschreiben.

Insbesondere durch die Anwendung dieser Bestimmungen betreffend das Katasteramt werden Ländereien, die nicht landwirtschaftlich genutzt wurden, und Häuser, die mehr als 20 Jahre nicht bewohnt wurden, „konfisziert“ und willkürlich dem türkischen Staat überschrieben. Die Bestimmung entzieht auch Personen, die die türkische Staatsbürgerschaft verloren haben, da sie nicht vor ihrem 21. Lebensjahr den türkischen Militärdienst absolviert haben, jegliches Recht auf Grundbesitz bzw. jegliche Erbansprüche; den Grundeigentümern wird ferner jegliche Möglichkeit genommen, ihre ohne Entschädigung konfiszierten Güter zurückzuerlangen, die widerrechtlich im Eigentum türkischer Siedler verbleiben, selbst wenn die Projekte, mit denen die Enteignung gerechtfertigt worden war, nicht durchgeführt worden sind.

Es liegt auf der Hand, dass diese Praktiken die griechischen Grundeigentümer und deren Erben schädigen, die jeden rechtlichen Anspruch auf ihr Eigentum verloren haben, was wohl gegen jede erdenkliche EU-Rechtsvorschrift verstößt.

Wie wird die Kommission in dieser Angelegenheit vorgehen, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass die Türkei den Status eines Kandidatenlandes hat und ihr Antrag auf Beitritt zur EU im Jahre 2004 nochmals zur Prüfung ansteht?

Plant die Kommission, bei den türkischen Behörden vorstellig zu werden, um dafür zu sorgen, dass wieder Ordnung und Gleichheit vor dem Recht hergestellt werden?